

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Druckpreis: Durch unsere Seiten sind im Jahre monatlich 20.00 Mark. Bestellungen nehmen die Anzeiger und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erhältlich wöchentlich. Preis pro Anschlag Nr. 53. Telegramme: Tageblatt Erzgebirge.

Anzeigenpreis: Die Nebenspalten: Preisliste für Anzeigen aus Aue und Umgebung 3.00 Mark, auswärts Anzeigen 4.00 Mark, Resten-Delle 2.00 Mark. Bei größeren Abnahmen entsprechender Rabatt.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1498

Nr. 158

Montag, den 10. Juli 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Bestern vormittag ist die Rechtsgewalt im deutsch bleibenden Oberschlesien nach Unterzeichnung des Protokoll durch die deutschen Vertreter dem Bevollmächtigten, Gesandten Dr. Eckhardt, übergeben worden.

Die Schlussverhandlung mit der Garantekommission hat am 5. Juli die Unterzeichnung der Finanzkontrolle und Banknotenkontrollvorschrift durch die Reichsregierung gebracht.

Auch die Bayerische Volkspartei ist in einem gemeinsamen Schreiben der Zentrum- und Demokratischen Fraktion aufgefordert worden, in die Reichsregierung einzutreten.

Reichswehrminister Dr. Gessler hat wegen der gegen die Reichswehr erhobenen Vorwürfe von links beim Reichstage die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses beantragt.

Politische Wochenschau.

Vom Oberbürgermeister Dr. Aulz, M. d. R.

Ist es zu viel verlangt von einer so großen, alten, erfahrenen und durchgebildeten Nation, wie der deutschen, wenn man ihr zumutet, sie mag in sich selbst zu verstehen, so lange ihr noch so viele Feinde von außen drohen? Dieses Wort, das einst Wolke gesprochen hat, müßte heute mit Flammschrift allen Deutschen vor der Seele geschrieben stehen. Alles, was in unsagbar mühseliger Arbeit an Anfängen zu einer Erleichterung und Besserung unserer Lage nach innen und außen erreicht war, liegt zertrümmert und zerschlagen am Boden, nachdem die Wahnsinnstat des 24. Juni die Bekräftigung in unserem Volk aufs neue tief eingetrieben hat. Der Grundstoff liegt in Deutschland wieder einmal in allen Ecken und Enden turnusmäßig aufgeschichtet. Von dem Schicksal des Gesetzes zum Schutze der Republik wird es abhängen, ob wir einer Entspannung entgegengehen oder nicht. Das Gesetz geht von durchaus richtigen Grundgedanken aus, die vom Reichsminister des Innern Köster in einer Weise begründet wurden, der man nur zustimmen kann. An die Spitze seiner Ausführungen stellte er die Erkenntnis, daß die Reichsregierung mit Ausnahmebestimmungen so selten und so kurz wie möglich regieren wolle, daß aber der Schutz der Republik dauernde Maßnahmen und eine Sanierungsaktion unseres vergifteten politischen Lebens notwendig mache. Seine Behauptung, daß mit diesem Gesetze keine Bestimmungen unterdrückt würden, erweist sich bei näherer Prüfung der gesetzlichen Bestimmungen als durchaus richtig. Es wird auch die Befundung irgendeiner Bestimmung schließlich durch das Gesetz nicht unterdrückt, wohl aber wird mit aller Schärfe eine gegen den Bestand und die Sicherheit der Republik sich richtende Betätigung der Bestimmung durch das Gesetz getroffen. Das Gesetz wird ein Prüfstein für die Staatsgesinnung der einzelnen politischen Parteien, insbesondere aber der deutschen Volkspartei werden. Bei ihr liegt die Entscheidung darüber, ob dieses Schutzgesetz die erforderliche Zweidrittelmehrheit im Reichstage erhalten wird. Die erste Lesung des Gesetzes im Plenum kann naturgemäß noch kein klares Bild über das Schicksal des Entwurfes geben, aber es erscheint glücklicherweise nicht ausgeschlossen, daß in den Ausschussberatungen ein zufriedenstellendes Ergebnis erreicht werden wird. Ein solches Ergebnis wäre um so freudiger zu begrüßen, als unsere in den letzten Tagen in der öffentlichen Betrachtung viel zu sehr in den Hintergrund getretene außenpolitische Lage eine möglichst schnelle Klärung der innerpolitischen Verhältnisse fordert.

Der von außen her täglich wachsende Druck hat eine geradezu trostlose wirtschaftliche Lage geschaffen. Es ist noch immer so gewesen: Je höher das Barometer nationaler Verschuldung steigt, um so tiefer sinkt die Mark. Der jetzige Sturz ist so ungeheuerlich, daß seine Auswirkungen zu einer völligen Bahmlegung des deutschen Wirtschaftslebens führen müßten, wenn nicht in allerhöchster Zeit eine Konsolidierung gelingt. Abwariende Haltung der Reichsregierung ist hier nicht am Platze. Sie muß ihrerseits alles tun, um die Verhandlungen über einen auswärtigen Kredit wieder in Fluß zu bringen. Man braucht die Frage der Nachprüfung unserer Reparationsleistungen nicht mehr mit der bisher gebotenen Zurückhaltung und Vorsicht aufzurollen, sondern man kann jetzt mit wesentlich stärkeren Argumenten und unter stärkerer Bundesgenossenschaft als bisher auf das Ziel losgehen. Denn es ist tatsächlich so, wie Hug B. Spender in den Foreign Affairs ausführt:

Es gibt keine maßgebende Autorität auf politischem oder finanziellem Gebiet in England oder Frankreich, die nicht weiß, was sie auch vor der Öffentlichkeit anders sprechen, daß nichts getan werden kann, um Europa auf die Beine zu helfen, bis die von Deutschland zu leistende Entschädigung auf eine vernunftgemäße Grundlage gestellt und der Versailler Vertrag mit seinen unmöglichen Forderungen im Lichte des gesunden Menschenverstandes revidiert worden ist. — Eine solche Revision wird natürlich erst in einer gewissen Zeit zu einem wirtschaftlich merklichen Ergebnis führen können, unsere Verhältnisse aber bedingen eine sofortige Entlastung und die kann allein erreicht werden durch Gewährung von Kredit.

Ob Deutschland dem Auslande gegenüber wieder kreditwürdig erscheinen wird, hängt nicht zuletzt von der Lösung ab, die die jetzt schwebenden Verhandlungen der Regierungsbereiterung im Reichsrat finden werden. Es muß als außerordentlicher Fortschritt bezeichnet werden, daß die Unabhängige Sozialdemokratie bereit ist, ihre bisherige Forderung der Vätertherrschaft außer Kraft zu setzen und auf dem Boden der demokratischen Republik mitzuarbeiten. Damit wird eine wesentliche Gesundung in der deutschen Arbeiterbewegung erreicht und die demokratische Republik würde sich dann zunächst einmal auf eine große und breite Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft stützen können. Will man aber zu wirklich gefestigten Zuständen in der Regierung kommen, so darf die Verbreiterung ihrer Grundlage nicht allein nach links geschehen. Eine solche Regierung wird gerade jetzt dem Ausland gegenüber immer als kapitalfeindliche Regierung gewürdigt werden, was sie letzten Endes ja auch tatsächlich wäre, und sie würde nicht in der Lage sein, das Vertrauen der kapitalgebenden Kreise des Auslandes zu erwecken. Schon aus diesem äußeren politischen Grunde, der für unsere nächste Zukunft von ganz ungeheurer Bedeutung ist, würde eine solche einseitige Verbreiterung der Regierung unerträglich sein. Ein gleichzeitiger Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung ist die einzige Möglichkeit zu einer wirtschaftlich umfassenden Gesundung unserer Verhältnisse, und die einzige Möglichkeit, ausländischen Geldgebern gegenüber die Sicherungen zu bieten, ohne die ein Auslandskredit für uns nicht zu erhoffen ist. Es wird sich sehr bald zeigen, ob die Beteiligten sich zu der Höhe staatsmännischer Auffassung emporschwingen können, die zur Lösung dieser Fragen notwendig ist, oder ob auch diesmal wieder das ganze Problem der Regierungszusammensetzung in den Niederungen parteipolitischer Erwägungen versumpfen wird.

Der drohende Bergarbeiterstreik.

Wie sehr das Verantwortungsbewußtsein der einzelnen Erwerbs- und Berufsgruppen gesunken und ihre Zügel gelockert ist, dafür liefert der Umstand den besten Beweis, daß zu einer Zeit, da Volk und Vaterland sich in tausend Notizen winden, Mörderbanden das Leben der Republik in Frage stellen und Frankreich mit seiner Armee am Rhein auf die Stunde wartet, da es weitere Zenterscheitungen gegen uns führen kann, die freien Gewerkschaften im Ruhrbergbau einen Aufruf erlassen, den Generalstreik der Bergarbeiter durch Massenkundigung einzuleiten. So tritt zu den ohnehin nicht geringen Sorgen der Reichsregierung eine neue, mit der sich das Kabinett schließlich zu beschäftigen haben wird. Selbst wenn die Bergbauunternehmer berechtigten Forderungen der Bergarbeiter bisher schärfsten Widerstand entgegengesetzt haben, muß man doch diesen Aufruf der freien Gewerkschaften als von völliger Verantwortunglosigkeit diktiert bezeichnen, denn seine Auswirkung läuft letzten Endes auf eine Politik des Wahnsinns, wenn nicht des Verbrechens hinaus. Daß ein Generalstreik der Bergarbeiter einen völligen Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftslebens bedeuten würde, bedarf keines Beweises. Die erste Folge würde bei der ohnehin schon vorhandenen Rohstoffknappheit die Stilllegung von Betrieben und dadurch Arbeitslosigkeit sein. Der katastrophale Sturz der Mark, die heute kaum mehr einen Pfennig wert ist, würde sich damit fortsetzen und die Einführung von Lebensmitteln völlig unmöglich machen. Außenpolitisch würde die Gefahr der Ruhrbesetzung durch Frankreich erneut auftauchen infolge des Ausfalls der Reparationskosten. Die Flut der Verhandlungen, die vor allem auch eine weitere Radikalisierung der Massen mit sich bringen würden, würde ins Ungeheure steigen. Erstreckt sich der Streik auf die Eisenwerke, so ist die Teilnahme an einem solchen Streik schon abgelehnt. Da noch nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten und die Anwendung aller friedlichen Mittel zur Durchsetzung der Forderungen im Manteltarif erschöpft sind, so muß man hoffen, daß auch die freien

Gewerkschaften sich noch eines Besseren bestimmen und von ihren unverantwortlichen Plänen Abstand nehmen. Die Reichsregierung wird kein Mittel unversucht lassen dürfen, um das deutsche Volk vor diesem Unheil zu bewahren.

Zollechhöhungen.

Dem Reichstage ist ein Gesetzentwurf zugegangen, durch den die Reichsregierung ermächtigt wird, im Fall eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses nach Änderung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates mit Zustimmung des Reichsrates die Eingangszölle für zollpflichtige Waren zu erhöhen und zollfreie Waren mit Eingangszöllen zu belegen, die erhöhten oder neu festgesetzten Zölle wieder herabzusetzen oder aufzuheben. Die Anordnungen müssen dem Reichstage vorgelegt werden und sind auf dessen Verlangen außer Kraft zu setzen. Das Gesetz soll bis zum 31. Dezember 1923 in Kraft bleiben. Begründet wird die Notwendigkeit vorzugehen damit, daß sehr schnell das dringende Bedürfnis eintreten kann für bestimmte Arten von Waren den allgemeinen Zollsatz zu erhöhen oder für sie Zollfreiheit zu gewähren. Ein Gesetz zu diesem Zweck würde zu lange Zeit in Anspruch nehmen. Die Beschränkung auf bestimmte Arten von Waren erscheint nicht angängig, da nicht feststeht, bei welchem von ihnen in Zukunft das wirtschaftliche Bedürfnis nach einer Zolltarifänderung hervortreten kann. Das Gesetz, das Vorbilder in Belgien, Frankreich, Italien und der Schweiz hat, wird bereits bei der am Montag nachmittag beginnenden Reichstagsitzung in erster Beratung besprochen werden.

Das Gesetz zum Schutze der Republik.

Im Rechtsausschuß des Reichstages ergaben sich am 8. Juli sowohl bei dem § 2 des Gesetzes, der die Bestimmungen republikanischer Beamten ahnden und die Hoheitszeichen des Staates schützen will, sowie bei dem § 4, der gegen Beamte und Militärpersonen, die sich gegen das Schutzgesetz vergriffen haben, Entlassung und gänzlichen oder teilweisen Verlust des Ruhegehalts zuläßt, so starke Meinungsverschiedenheiten, daß sie einem Unterausschuß zum Ausgleichsversuch überwiesen wurden. Angenommen wurde § 3, der den Rufentfall wegen Verbrechens gegen § 1 des Gesetzes Verurteilten Beförderungen unterwirft und die Strafe der Vermögenskonfiskation zuläßt. Eine lange Debatte entspann sich über die Bildung des Staatsgerichtshofes. Es handelte sich darum, ob der Reichsrat die Ernennung der Väterrichter gebietet, zur Witternung herangezogen oder ganz ausgeschaltet werden soll. Diese letztgenannte rein formale Frage bekam durch einen Vorstoß des bayerischen Volksparteitellers Behrer einen politischen Charakter, da er von einem Eingriff in die Justizhoheit der Länder sprach. Leider folgte ihm der Justizminister Kadbruch auf das politische Gebiet, so daß sich auch der bayerische Minister Hamm zum Eingreifen veranlaßt sah. Der Zentrumsvorsitzende Vell schlug vor um den Konflikt zwischen Reich und Ländern nicht auf die Spitze zu treiben, die Mitglieder nach Anhörung des Reichsrates zu ernennen. Da die Regierung den höchsten Wert darauf legt, daß die Beratung des Gesetzentwurfes schnellstmöglich beendet wird, und allseitig der Wille besteht, ein brauchbares Gesetz zustandzubringen, man auch über die Schwierigkeiten, die sich der Formulierung des Todesstrafe und lebenslängliches Ausschluß androhenden § 1 gezeichnet hat, muß man hoffen, daß über diese letztgenannte nebensächliche Frage eine Einigung erzielt wird.

Kleine politische Nachrichten.

Die öffentliche Einberufung des Obersten Rates. Der Londoner Berichterstatter des Welt Journal teilt mit am Dienstag werde ein außerordentlicher Ministerrat unter dem Vorsth Lloyd George abgehalten werden, der sich mit der Reparationsfrage beschäftigen soll. Der Berichterstatter glaubt, daß Lloyd George sich mit dem italienischen Außenminister Ciano über die Einberufung des Obersten Rates verständigt habe, und daß dieser hierüber in Paris mit Ciano verhandeln werde.

Neues Stundungsgesuch der Reichsregierung. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat sich die Reichsregierung entschlossen, ein Stundungsgesuch an den Wiederaufmachungsauusschuß zu richten mit dem Ziele, die Bergabteilungen auf einen längeren Zeitraum zu vertellen, um so eine Miempassung zu erhalten. Verhandlungen darüber sind schon seit längerer Zeit im Gange. Die Staatssekretäre Fischer und Gumbel sind nach Paris abgereist. In den Verhandlungen wird später wahrscheinlich auch Staatssekretär Dr. Bergmann teilnehmen.

Anforderungen an den Geist der Zuhörer stellt, als an die Nachmusik. Und das war bei sommerlicher Schwüle in Saale auch recht gut. Bei einem so flotten Spiel konnte die Wirkung auch nicht ausbleiben. Der Professor Landstebel — durch Herrn Löb sehr gut verkörpert — ist aber auch ein zu drohliche Erscheinung. Nicht minder gut waren aber auch die übrigen Darsteller: Der Hermann als nervöser, aber reizter Händlchenspinner Konrad, Fr. Einsiedel als sein kleine niedliche Frau Elisabeth, die sich immer nach Abwechslung, lehn, Fr. Löb als Tante Pauline mit ihrer ewigen Furcht vor Dieben und Einbrechern und Fr. Kretschmar als freche Lotte. Die Vereinigung der Kunstfrunde hatte in lebenswärtiger Weise die Bühne zur Verfügung gestellt, so daß schöne, durchaus einwandfreie Bühnenbilder gestellt werden konnten. Hoffentlich ist der Erfolg auch in finanzieller Hinsicht gut gewesen.

Rosenfest des Erzgebirgsvereins. Am Sonnabend veranstaltete der Erzgebirgsverein Aue sein diesjähriges Sommerfest als Rosenfest, verbunden mit Rosenausstellung im Schützenhaus zu Aue. Vom Wetter wunderbar begünstigt, fand sich im schattigen Garten des Schützenhauses eine große Besucherzahl zu dem von der Auer Stadtkapelle vorzüglich gespielt Konzert ein. Der Garten war in schöner Weise geschmückt, indem Professor Schulz aus den meisten Tischen einen duftenden Strauch herrlicher Rankrosen aus seinem Garten hatte ausstellen lassen. Um 5 Uhr eröffnete Professor Schulz die Rosenausstellung, die in weit über 1000 Exemplaren mehr als 100 Rosenarten in oft entzückend schön Blumen zeigte, sodaß für unsere Gartenbesitzer und Rosenliebhaber eine sehr schöne und reichhaltige Auswahl vorgenommen wurde. Bedauerlich und kein gutes Zeichen von Interesse ist es, daß von den Gartenbesitzern des Auer Tales fast niemand zur Unterstützung des unternehmens des Erzgebirgsvereins durch Auslieferung von selbst gezeichneten Rosen beigetragen hat, obgleich doch eine große Anzahl von Gartenbesitzern sich Mitglied des Erzgebirgsvereins nennt. Von Mitgliebern hatten nur die Herr-n Louis Wödel und Professor Schulz aus ihren Gärten Rosen zur Schau gestellt. Die meisten der ausgestellten Rosen waren in wahrhaft entzückenden Exemplaren von der Rosenzüchterin Paul Wagner in Köstritz geliefert. Die Ausstellung war sehr gut besucht und dürfte demnach ihren Zweck in vollem Maße erfüllt haben. Um 18 Uhr reichte sich in dem von Oberlehrer Schulz in netter Weise geschmückten Saale des Schützenhauses ein Ball an, der die Teilnehmer noch lange in froher Stimmung vereinigte. Schon während des Konzertes war den Besuchern Gelegenheit geboten, sich mit duftenden Rosen zu versehen; nach Schluß der Rosenausstellung wurden die ausgestellten Rosen sämtlich an die Besucher im Garten und im Ballsaal abgegeben. Jedenfalls ist das diesjährige Rosenfest wieder zur allseitigen Zufriedenheit verlaufen und es ist mit Freude zu begrüßen, daß der Erzgebirgsverein Aue bestimmt hat, sein Sommerfest in Zukunft alljährlich als Rosenfest mit Rosenausstellung zu veranstalten.

Vermischtes.

Kannenberg, 9. Juli. Ein Erzgebirgsfreund gestorben. Dieser Tage ist hier der Oberlehrer i. R. Emil Fink gestorben, der ein großer Freund des Erzgebirges war und sich als solcher auch vielfach betätigt hat. Das Erzgebirgsmuseum in unserer Stadt war sein Lebenswerk, mit dem er sich für alle Zeiten ein Denkmal gesetzt hat.

Schneeberg, 9. Juli. Kommunale Streikhilfe. Im Stadteingemeinderat wurde ein Antrag auf Bewilligung eines Berechnungsgeldes bis zu 100 000 Mark zur Beschaffung von Lebensmitteln für die notleidenden Streikenden in der Zigarrenindustrie mit Stimmenmehrheit angenommen.

Schneeberg, 9. Juli. Seminarjubiläum. Das im August 1872 eröffnete hiesige Lehrerseminar begeht am 30. September und 1. Oktober in einfacher Weise sein 50 jähriges Jubiläum, wozu ein aus Vertretern der Seminarlehrerschaft und der Alt-Schneeberger des Bezirks gebildeter Festausschuß mit Studienrat Veiße als Obmann folgenden Plan der Veranstaltungen aufgestellt hat: Am ersten Tage nachmittags Schauturnen, Abend Begrüßungsfeier, am zweiten Tage Friedhofbesuch, abendlich Festfeier, darauf Ergründung der Gefallenen mit Weihe der Gedenktafel, Kirchenkonzert (Scheidung von Hahn), Ball für die Seminaristen und Gäste, am Montag Wanderungen. Da das diesjährige Seminar ausfallen wird, als selbständige Schulanstalt zu bestehen und später als Schülerheim des Reformgymnasiums dienen soll, wird die Feier mehr häuslich und ernst sein und soll mehr einer Rückschau auf die glückliche Vergangenheit als einer Vorschau in die Zukunft gewidmet sein.

Alberoda, 9. Juli. Wegen Urkundenfälschung wurde die 26 Jahre alte Steppverin Martha Frieda K. in Alberoda, die früher bei der Firma Ebert und Kopp in Löbnitz war und dort in ihrem Arbeitsbuch einen solchen Eintrag bewirkt hatte, um den Urkunden zu erwecken, als habe sie die Uhr zur Bearbeitung überwiesen: 50 Hemden wieder abgeliefert, während dies nicht der Fall war, vom Landgericht Zwickau zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Wegen Unterschlagung der Hemden ist sie bereits am 28. Mai verurteilt worden.

Explosion in einer Budapester Farbenfabrik. In der Farbenfabrik Auer u. Rihlaog, Opatovica, erfolgte am Donnerstag vormittag eine Explosion. Es wurden Versuche mit neuem Material bei der Lackherstellung gemacht, wobei Benzol in Feuer gefangen und die Explosion herbeigeführt hat. Mehrere Arbeiter wurden schwer verletzt.

Die Plünderungen in Zwickau. Wie bekannt, sind die Hausdurchsuchungen durch unantvortliche radikale Elemente in weit größerem Umfang ausgeführt worden, als zunächst angenommen wurde. Die Zwickauer Zig. teilt darüber u. a. folgendes mit: Bei Dr. G. sind Silberfachen, Pelze und andere Wertgegenstände gestohlen worden. In einer Weinstube wurden die Fenster zertrümmert, durch sie eingestiegen, dabei die Gardinen zerrissen und den Außenstehenden 10 Flaschen Altbrund und Cognak zugebracht, die diese teils gleich auszurinken begannen, teils einsteckten und damit verschwanden. Bei Altwarenhändler S. drangen acht Mann in den Laden ein. Vier Personen besetzten den Haustraum. Die Eindringlinge erpressten unter dreimaliger Bedrohung der Frau S. mit einem Revolver Bargeld von über 18000 Mark. In der Waffenhandlung S. wurde der Laden gründlich ausgeräumt. Es sind Waffen und Munition im Werte von über 25000 Mark gestohlen worden. In dem Geschäft von H., Blaunische Straße, wurde die Fensterherde zertrümmert und Handaschen und Portemonnaies entwendet. Auch im Schuhwarenhaus K. ist das Schaufenster zertrümmert und die Auslage geplündert worden. Einem Kreismitglied wurden aus der Wohnung Kugeln mitgenommen. In größerem Umfang wurde die Wohnung eines Kommerzienrats von Plünderern heimgesucht. Es konnte noch nicht festgestellt werden, was alles dabei mitgenommen wurde. Eine Erpressung von Bargeld bei E. mittels eines gefälschten Scheines vom Aktionsausschuß konnte durch hinzukommende Arbeitermehre verhindert werden. In die Geschäftsstelle des Deutsch-nationalen Jugendbundes stiegen Burschen durch ein Fenster, das sie zerschlagen hatten, ein, zerstörten Bilder, durchwühlten Kästen, vernichteten Berechnungsbücher, brachen zwei Bücherregale auf, versuchten auch eine Zimmeruhr aufzusprengen, was aber nicht gelang, und entwendeten die Bibliothekskasse, die einen kleinen Betrag enthielt.

Sadtarzt Dr. Keller wurde unter Todesdrohungen mit geradezu sadistischer Wollust geschlagen und gepölnigt, so daß er gar nicht bemerkte, daß er — Kopf und Körper waren über und über geschwollen — auch einen Reflexstich in die Lungengegend erhalten hatte. Erst etwa 7 Stunden später wurde an seinem Anzuge das ausgeströmte Blut bemerkt und daraufhin ein Verband angelegt. In der fünften Morgenstunde konnte dann schließlich seine Ueberführung ins Krankenhaus erfolgen. Vorher hatte die Menge noch wiederholt gedroht, ihn totzuschlagen, sodaß ein Abtransport unmöglich war.

Die Opfer der Zwickauer Unruhen.

In Zwickau sind, wie von ausländiger Stelle mitgeteilt wird, nur zwei Tote als Opfer der letzten Ausschreitungen zu beklagen. Die dem Minister des Innern zuerst zugegangenen Berichte, die er in seiner letzten Landtagsrede verhandelt hatte, haben sich in bezug auf die Zahl der Toten erfreulicherweise als unrichtig erwiesen. Der Zustand mehrerer Schwerverletzter ist noch bedenklich.

Großfeuer in einem Petroleumlagerhaus. Am Freitag entstand aus noch unauflöslicher Ursache im Lagerhaus der Deutsch-amerikanischen Petroleumgesellschaft an der Bahnhofs-Hof-Moschenborn ein Brand, durch den für 750000 Mark Kohlen verbrannt sind. Zwei Kaufleute wurden dabei schwer verletzt.

Größe Ackerbesitzer in der Donau. Die Budapestler Strompolizei machte die Feststellung, daß die Donau von Ackerbesitzern geradezu wimmelt. Es hat sich herausgestellt, daß der Acker und der Urat aus den Gemüsen an der Donau liegenden Fabriken nahezu den ganzen Fischbestand ausgerottet haben. Der Schaden ist bedeutend. Die Angelegenheit wird vor Gericht ihr Nachspiel haben.

Kirchenplünderung. In der Nachbargemeinde von Sochum, in Harpen, drangen nachts unbekannt Täter in die Kirche ein. Sie zerschlugen ein aus dem Jahre 1832 stammendes Altarbild, beschädigten die mit einem Deckel aus Delbaumholz umschlossene Bibel, die sie in das Kirchenschiff warfen und beschmutzten die Kirche in der unfähigsten Weise. In der Sakristei wurden alle Schränke durchwühlt; gestohlen wurde nichts.

Billige Pflanzen. Aus Schackstedt (Anhalt) wird berichtet: Bei der Verpackung der Pflaumennutzungen an den Kreisstraßen mülsten sich die Obstpächter vertraglich verpflichten, die Einwohnerschaft im Ort mit 25 Pfund Pflaumen pro Kopf zum Preise von 1 Mark für das Pfund zu beliefern.

Manganerz-Suche im Toten Gebirge. In Bad Ischl trifft dieser Tage der Oberbergamt Dr. Wagen vom Geologischen Institut in Wien ein, um das gesamte Gebiet des Toten Gebirges bezüglich des Vorkommens von Manganerz zu untersuchen. Es wurden von Arbeitern an verschiedenen Stellen hochprozentige Manganerze vorgefunden.

Spielverbot an den oberitalienischen Seen. Der Statthalter in Como hat die Sperrung der zahlreichen Spielhöhlen in den an die Schweiz grenzenden Provinzen angeordnet. Auch in dem bekannten Kursaal von Como wurde das Spiel verboten.

3000 Millionen Menschen verhungert. Amtlichen Feststellungen zufolge sind der russischen Hungersnot zehn Millionen Menschen zum Opfer gefallen.

Advertisement for Kaufhaus Schocken, Aue, featuring a large 'Sonder-Verkauf' headline and two columns of clothing items with prices. The items listed include dresses, coats, blouses, and jackets in various materials and styles. An illustration of a woman in a dress is on the left, and another on the right. The store name 'Kaufhaus Schocken, Aue' is prominently displayed at the bottom.

